

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auergebirge. Fernsprecher 53. Für unvollständig eingelangte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 295

Donnerstag, den 19. Dezember 1918

13. Jahrgang

## Wilson für Öffentlichkeit der Friedensverhandlungen.

### Wochenschau.

Seit einer Woche weltet Präsident Wilson auf europäischem Boden. Noch ist von seinem Einfluß in der Befähigung der Waffenstillstands- und Friedensbedingungen wenig zu hören. Nun, die Ueberfahrt war sehr stürmisch und wird die Passagiere angegriffen haben. Die Empfangsgesellen und Bankette werden die gesunkenen Lebensgeister hoffentlich bald aufrichten. Die Nachricht scheint sich zu bewahrheiten, daß Wilson nicht an der Konferenz teilnehmen, sondern nur von außen als — ja als was? — eingreifen will. Vielleicht hat Frankreich das durchgesehen und frohlockt darüber, weil es nun wohl den Vorposten haben dürfte, der sonst Wilson zugefallen wäre. Dann wäre uns! Vielleicht, und das wollen wir hoffen, wollte Wilson selbst sich nicht an die Spitze der Feinde setzen, um Passier selbster Vorgesetzter einer höheren Verantwortlichkeit und des Völkerbundes und Weltfriedensgedankens über den Parteien zu stehen. Aus den wenigen Nachrichten, die über seine Neben zu uns gedrungen sind, dürfen wir diese Hoffnung vielleicht schöpfen.

Der schwere Akt, der auf uns lastete, ist gewichen, der Waffenstillstand ist bis zum 17. Januar verlängert worden und soll dann weiter bis zum Friedensschluß ausgedehnt werden. Aber er ist nicht gemildert, er ist verschärft worden. Unnachlässig wird das vollende Material aus unseren Wägen gezogen und das ist das selbe, als wenn man einem lebenden Wesen Blut entzieht. Der bittere Reiz ist offensichtlich noch nicht geleert, wann werden wir ihn wieder mit süßem Melne stillen dürfen?

Im ganzen Reiche gährt noch der Wast. So ist es in Dresden zu Unruhen gekommen, finden in Berlin immer weitere Ausschreitungen der Spartakisten statt. Aber die Grundlinie zum Neubau werden auch schon gelegt und in Anhalt, wo die Sozialdemokraten die Mehrheit, in Mecklenburg, wo Sozialdemokraten und Bürgerliche gleichviel Abgeordnete erheben, sind die Landesversammlungen gewählt. Welchen Gemeindevorständen in Braunschweig haben die Unabhängigen zum ersten Male den Sieg über die Mehrheitssozialisten davongetragen. Die Klärung schreitet fort. Die Unabhängigen haben sich von den Spartakisten getrennt. Aber wir dürfen uns nicht verhehlen, daß das wohl nur Wahlfakt ist, die unabhängigen Sozialdemokraten streben Stimmen zu verlieren, wenn sie mit Wobrecht gemeinsame Sache machen.

Endlich hat sich auch Bremen nach überdies, seine Bemühungen, den toten Reichstag, der zwar nicht aufgelöst, aber einfach gestanden ist, zu galvanisieren, hat er zuletzt aufgegeben. Selber aber zeigen die Verhandlungen in A. und S. Rat in Berlin, daß diese Körperlichkeit nicht arbeitsfähig ist und auch nicht den Willen für Wesentliche besitzt. Sonst wäre der Wahltermin für die Nationalversammlung schon längst entschieden worden. Stürmisch verlangt das ganze Volk die Einberufung derselben im Januar, — Montag schon hätte die Entscheidung fallen sollen — noch immer steht sie aus.

In der Demokratie, wo es auf die Mitarbeit aller ankommt, ist jedes Ereignis wichtig. Darum dürfen wir auf die Ereignisse in unserer Stadt Auer mit Genugtuung blicken. Mit einem Schlage sind die Frauen in die Politik eingetreten und haben sich eine starke Organisation, einen Demokratischen Wahlverein geschaffen, der bereits über 400 Mitglieder zählt. Und gestern haben sich die verschiedenen Männergruppen liberaler Richtung ebenfalls zum Demokratischen Wahlverein (beide zur Deutschen Demokratischen Partei) verbunden. Nun gilt es arbeiten! Arbeiten für Recht und Freiheit, Ordnung und Wiederaufbau unseres Reiches!

## Die Reichskonferenz der A. und S.-Räte in Berlin.

### Dritter Tag.

Die Forderungen der Soldaten. — Empfang einer Arbeiterdeputation. — Annahme wichtiger Punkte.

Am gestrigen dritten Tage der Verhandlungen waren Saal und Tribünen wieder gut besetzt. Zunächst wird über die gestern von einer Soldatendeputa-

tion überreichten Anträge der Gardetruppen beraten. Diese lauten: Einsetzung eines obersten Soldatenrates, der die Kommandogewalt ausübt. Die Rangabzeichen sind verboten. Die Offiziere sind zu entwaffnen. Für die Disziplin sind die Soldatenräte verantwortlich.

Ein soldatischer Vertreter Hamburgs fährt aus: Die Mehrheit der hamburgischen Kameraden stellt die gleichen Forderungen wie die Berliner, doch ist es nicht möglich, diese Sachen in Bausch und Bogen zu erledigen. Es ist ein Unterschied zwischen dem 18jährigen Schmiedelehrling, der die Rekruten drangsalirt, und einem militärisch ausgebildeten Offizier. Wir haben daher beschlossen, daß der alte Offizier im 9. Armeekorps im Amt bleibt. (Sehr richtig!) Wir schlagen vor, daß die Anträge als Richtlinien betrachtet, die Einzelheiten dagegen von sechs Volksbeauftragten unter Kontrolle des Volksrates überlassen werden, die im Einvernehmen mit den Soldatenräten von Marine und Heer festgesetzt werden. Den Kommandierenden General in Hamburg haben wir abgesetzt. Im übrigen ist der größte Teil der Offiziere des Generalkommandos als Verwaltungsorgan belassen worden.

Marinevertreter Tost: Der gestrige Vorgang ist auf die Stadtkommandantur zurückzuführen. Die Kameraden sind zu diesem Schritt getrieben worden. Die gestrige Erregung beruht wohl nur auf der Forderung der sofortigen Annahme. Jemand ein Widerspruch dürfte gegen die Forderung der Truppen von einem Angehörigen der unteren Chargen, namentlich gegen die Weisung der Offiziersabteilung, nicht erhoben werden. Unlebensfähige Offiziere müssen verschwinden, sonst führt die Unsicherheit überhaupt nicht auf. Wir müssen die Anträge annehmen.

Sahm: Wir hatten gestern den Eindruck, daß es sich um eine politische Demonstration handelte, nicht um die Betonung der Wichtigkeit der Forderungen. (Debatte Zustimmung.) Dagegen müssen wir uns wehren. Die Berliner stellen sich selber ein Armutsgeldnis aus, daß sie sich selbst helfen können. Wir haben Ziel erreicht, weilbedeutend sind die Anträge bis auf den ersten nicht. In Bausch und Bogen können wir sie nicht annehmen.

Der Vorsitzende Heinert stellt folgenden Zusatzantrag mit: Die Kommandogewalt in den Garnisonen liegt in den Händen der örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte.

Sogt-Breslau: Im ganzen Reiche, außer in Berlin, sind die Anträge schon durchgeführt, nur in Berlin scheint man über den Neben das Handeln zu vergessen. Das Bild von gestern Abend konnte uns keinen Respekt verschaffen. Man soll nicht Sachen arrangieren, die doch gar zu sehr nachgemacht aussehen. Annulliert aus der Masse der Berliner konnte die Demonstration nicht entstanden sein, dazu ist die Wehrheit der Berliner Kameraden zu vernünftig. (Stürmische Zustimmung, bei einzelnen Widerspruch.) Was man in der Provinz hat durchsetzen können, muß auch in Berlin möglich sein.

Däumig (Mitglied des Volksrates Berlin): Welcher Revolution sollte zunächst der Militarismus beseitigt werden. Die Spitze ist weggefallen, der Bau erschüttert, aber sein Geißt, seine Organisation sind noch sehr lebendig. Die Forderungen sind durchaus würdig gestellt worden. Wir sind in Berlin deshalb noch nicht so weit, weil die Volksbeauftragten uns immer widerstand geleistet haben. Es beruht sich wieder einmal vor. Die Volksbeauftragten erzählten uns von einem neuen Entwurf für die Volkswehr. Der Rat der Volksbeauftragten muß jetzt einen Kriegsmilitär einsehen, der das Vertrauen der Arbeiter- und Soldatenräte besitzt, und nachgeordnete Leute einsetzen, die von einem neuen Geisse besetzt sind.

Ein Vertreter der Westfront: In den meisten Punkten sind wir mit den Berliner Kameraden einig, aber es geht nicht, alle Offiziere abzusetzen. Heute nachmittag findet eine Beratung der Berliner Truppen statt. Ich bitte daher, die Entscheidung bis dahin hinauszuschieben.

Seher: Eine Vertagung ließe Verschleppung der Sache und Förderung der Gegenrevolution.

Vorsitzender Heinert teilt mit, daß die gestrige Deputation der Gardetruppen wieder erschienen ist; sie wünscht mit Vertretern der Fraktionen zu verhandeln, ihre Forderungen wollen sie ändern. Es

wird beschlossen, die Weiterberatung auszusetzen, bis das Ergebnis der Beratung mit den Soldaten vorliegt.

Darauf wird in der Abstimmung der gestern gestellte Schlußantrag auf Beendigung der Beratung über die Berichte des Volksrates und des Rates der Abgeordneten angenommen. Die Verhandlungen werden um 10 Minuten vertagt.

Nach Wiederaufnahme teilt der Vorsitzende mit, daß wieder einige Deputationen, darunter Vertreter der Berliner Arbeiter, erschienen sind; sie drohen, daß sie, falls man sie nicht vorlässe, morgen mit 250 000 Arbeitern die Arbeit niederlegen wollen. Das gleiche Recht wie die Berliner müssen alle deutschen Arbeiter haben, und unsere Beratungen fortgesetzt unterbrechen können. Wozu kommen wir, wenn auch die Eisenbahner in den Werkstätten und im Verkehr die Arbeit einstellen und hierher kommen würden? Das können wir nicht veranworten. (Debatte Bravo!) Der Kongress arbeitet im Namen der gesamten Arbeiter Deutschlands. (Debatte Zustimmung.)

Es wird fast einstimmig beschlossen, für die Empfänge von Deputationen einen besonderen Saal zur Verfügung zu stellen. In diesem Augenblick erscheint eine große Arbeiterdeputation im Saale, sie trägt Plakate und rote Fahnen.

Vorsitzender Heinert macht die Deputation auf den soeben gehaltenen Beschluß aufmerksam und bittet sie, sich dabei zu betheiligen. (Bravo!) Der Führer der Arbeiterordnung versucht zu sprechen, wird aber von großem Lärm und der Präsidentenglocke überdort. Schließlich vertritt sich der Vorsitzende dazu, diesmal noch die Forderungen der Arbeiterklasse anzuhören. Nachdem der Führer die Forderungen vorgetragen hat, verläßt die Arbeiterordnung allmählich den Saal.

Rummeier erhält Richard Müller das Schlüsselwort zum Bericht. Die Deputierten scheinen mit vorgetragener Meinung hierhergekommen zu sein. Wenn Landsberg dem Volksrat die Angelegenheit von der Verhaftung der Großindustriellen in die Schuhe schiebt, so beweist er nur, daß ihm jedes Mittel recht ist. (Widerspruch.) Daß die Unabhängigen das Wolff-Wort besetzt hätten, ist unrichtig. Der Zusammenschluß der 40 Hundstaktionen wurde verhindert. Eine Kontrolle der Frankfurter ist aber dringend notwendig. Die Nachrichtenämter sind noch von Offizieren besetzt. Wir haben geglaubt, die Revolution zu führen zu müssen, und werden auf dem als richtig anerkannten Wege weitergehen.

Volksbeauftragter Dittmann: Der Volksrat hat bei den Truppen keine Autorität. Eine Verabschiedung der Truppen auf ihn hätte das Gegenteil erreicht von dem, was erzielt worden ist. Die Eibeformel ist nach dem Vorschlag Landberg-Dawke vom Rat einstimmig beschlossen worden. Dem Antrag Ledebours auf Absetzung Oberts stimmten von 15 Mitgliedern des Volksrates nur 5 zu. (Ordnung!) Gegen Gegenströmungen müssen wir achtsam sein. Die Nationalversammlung ist das große Ziel. Es handelt sich nicht um ein Parlament, sondern um eine Versammlung, welche die Grundzüge für die Sicherung der Ertragschaften der Revolution schafft. Wenn das Proletariat seine Interessen wahrnehmen will, so muß es sich bei den Wahlen zusammenschließen zum Kampf gegen den Kapitalismus. Es wird heißen: Mit uns das Volk, mit uns der Sieg! (Draufender Beifall.)

In einer persönlichen Bemerkung wendet sich Scheidemann gegen Richard Müller und bemerkt u. a.: Im Wolff-Wort wurden unsere amtlichen Meldungen von der anderen Seite kontrolliert. Das ging nicht an. Das dicke Ende kam mit einer Rechnung über 30 000 Mark nach. Wir hätten fröhlich gehandelt, wenn wir gegen diese Wirtschaft nicht Einspruch erhoben hätten.

Es wurde dann über die vorgelagerten Anträge abgestimmt. Ein Antrag, der bürgerlichen Presse nur eine Prozentige Verzinsung ihres Anlagekapitals zu belassen und den Rest der Reichskasse zu überweisen, wird dem Volksrat überwiesen. Angenommen wird ein Antrag auf Entwaffung der Gegenrevolution, baldige Befreiung der Kriegsgefangenen, Uebertragung der geschiedenen und Gewaltgewalt auf den Rat der Volksbeauftragten bis zur Nationalversammlung, Ueberwachung der Reichs- und Landesämter durch die Volksbeauftragten. Bei Berufung der Sachminister ist der Zentralrat zu hören. Angenommen wird weiter ein Antrag, daß dem Volk

gerade  
Strau-  
Tene  
ste  
nen  
waren.  
amerikanische  
ellen, ist die  
Industrie  
Gentums an  
Macht trägt  
Kapital von  
des deut-  
nd gültig  
t.  
vonech in  
300 000 Kro-  
nontongente.  
ammlung in  
nd Staat.  
ng.  
en 19. Dez.  
51 bis 9150  
r Stadt.  
allt  
tag 1  
d.  
erleb (auch  
einer aktuell  
brift an allen  
onen  
Ordnungs-  
Kaufhaus,  
N. 24.  
dover (Wien,  
g. zweifelhafte  
auswärtigen  
läßt, sucht  
sstelle  
er. A.T. 5750  
cht. abholen.  
dchen  
ellung  
n Haus  
e man mit  
b. 21. 22.  
uft erh.  
sch.?  
T. 5749 an  
b. 21. 22.  
alchime  
Vilgch. H.  
Hierzabl.  
Marrage,  
ngen,  
sferd  
e 27. III.  
phon  
traße 24.  
d-Vinag.  
i. Silefel.  
en.  
der Ge-  
er  
vergleicher,  
it. Große,  
Wittard-  
au verlauf.  
r. 9. 1.  
oline,  
Auerst  
il.  
tehr. 8.  
neoo  
sofa,  
Luhbaum),  
er 4. vert.  
-24. 31.  
ahn  
ju ver-  
r. 7. II.  
A!  
ramm-  
zu ver-  
3. 2. 1.  
verkauft  
46. III. L.